



Mitteilung der ALJP vom 6. Januar 2022

Morddrohungen gegen Journalisten

Journalist*innen kommen Mitmenschen in die Quere, wenn sie deren demokratiefeindliches Treiben offenlegen. Das ist Teil ihres Jobs. Die Folge sind häufig Bedrohungen, Beschimpfungen, Hetze, mitunter körperliche Gewalt gegen die Berichtersteller*innen.

Seit geraumer Zeit werden die Bedrohungen gegen Journalist*innen auch hierzulande zunehmend intensiver und damit gefährlicher. Vor allem aus der Ecke der Impfgegner*innen und Corona-Leugner*innen gibt es nun fast tagtäglich verbale Angriffe und Aufforderungen zum Hass, zur Gewalt gegen Medienschaffende.

Am Montag wurde eine *Tageblatt*-Fotografin bei einer Demonstration von Impfgegnern verbal angegriffen und an ihrer Arbeit gestört. Man wolle sich nicht fotografieren lassen, und schon gar nicht von einer, die der Lügenpresse angehört, so der Tenor der aggressiven „Spaziergänger“.

Dass es keinesfalls bei dummen Sprüchen bleibt, zeigt der Fall eines *RTL*-Journalisten, gegen den via Sozialmedium *Telegram* regelrecht Morddrohungen ausgesprochen wurden. Grund dafür war eine Berichterstattung zum Thema Impfpflicht. „Dieser Beitrag (...) hat mein Radikalisierungslevel zum Überkochen gebracht. Jetzt ist Schluss mit lustig. Wenn sich die Gelegenheit ergibt, werde ich mit allen Dingen, welche ich erworben habe, gegen jeden von diesen Hetzern (gemeint sind die

Journalisten) vorgehen.“ Der Schreiber untermalt seine Drohungen mit einem Foto, auf der er ein umfangreiches Waffenarsenal zur Schau stellt.

Natürlich werden solche Drohungen Klagen vor Gericht nach sich ziehen, doch damit allein ist es nicht getan. Die ALJP ruft dazu auf, dieses zunehmend folgenschwere Vorgehen gegen die Presse, die damit mundtot gemacht werden soll, mit allen möglichen politischen sowie auch rechtlichen Mitteln zu bekämpfen. Zudem sollen die Journalist*innen, die Drohungen jeglicher Art erhalten, dies der ALJP unter info@journalist.lu mitteilen.

Wir erinnern daran: Es geht um die Pressefreiheit und damit um ein Standbein der Demokratie. Wo nicht unabhängig berichtet werden darf, werden Menschenrechte verletzt.

Der Vorstand der ALJP